



USIC

Union Suisse des Sociétés d'Ingénieurs-Conseils
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen
Unione Svizzera degli Studi Consulenti d'Ingegneria
Swiss Association of Consulting Engineers

USIC POLITMONITOR

Sommer 2017

SESSIONSVORSCHAU 29. Mai – 16. Juni

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungen und Legenden	2
Editorial	3
Sessionsvorschau Sommer 2017	4

ABKÜRZUNGEN UND LEGENDEN

Abkürzungsverzeichnis

Parlamentsgeschäfte

BRG	Geschäft des Bundesrats
Pa.Iv	Parlamentarische Initiative
Kt.Iv	Standesinitiative
Mo.	Motion
Po.	Postulat
Ip.	Interpellation
A.	Anfrage
Pet.	Petition

Behandlungskategorien

I	freie Debatte
II	organisierte Debatte
IIIa	Fraktionsdebatte
IIIb	Verkürzte Fraktionsdebatte
IV	Kurzdebatte
V	Schriftliches Verfahren








Eidgenössische Organe

BR	Bundesrat
NR	Nationalrat
SR	Ständerat
APK	Aussenpolitische Kommission
FK	Finanzkommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
RK	Kommission für Rechtsfragen
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
-N	des Nationalrats
-S	des Ständerats

Fraktionen

BD	BDP-Fraktion
CE	CVP/EVP-Fraktion
RL	FDP-Liberale Fraktion
G	Grüne Fraktion
GL	Grünliberale Fraktion
S	Sozialdemokratische Fraktion
V	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei

Legenden

	Dringlicher Handlungsbedarf		Zufrieden
	Handlungsbedarf		Neutral
	Aktives Monitoring		Unzufrieden
	Passives Monitoring		

Herausgeber

Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen usic
Effingerstrasse 1, Postfach, 3001 Bern,
Tel +41 31 970 08 88, Fax +41 31 970 08 82
usic@usic.ch
www.usic.ch
www.facebook.com/usic.ch
www.twitter.com/usic_ch

Rückmeldungen und Auskünfte

Laurens Abu-Talib
Tel +41 31 970 08 88
laurens.abu-talib@usic.ch

Quellen

[Curia Vista Geschäftsdatenbank](#)
[Vernehmlassungen](#)
[Eidgenössische Abstimmungen](#)

EDITORIAL

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat am 16. Mai eine Anhörung durchgeführt, an welche auch die usic eingeladen wurde. Im Rahmen dieser Anhörung durfte ich die Anliegen unserer Branche vertreten, zusammen mit dem Präsidenten des SIA, Stefan Cadosch. Unsere gemeinsamen Forderungen, wie wir sie im Rahmen der Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen (AföB) vertreten, können Sie [hier herunterladen](#).

Mehr Ressourceneffizienz am Bau

In der kommenden Sommersession stehen aus Sicht der usic drei Kernthemen im Vordergrund. Im Zuge der wachsenden Ressourcenknappheit von Baustoffen, hat sich die usic kürzlich in einem [Positionspapier](#) dazu bekannt, die öffentlichen Bauherren zu einem schonenderen Umgang mit Primärressourcen zu bewegen. In eine ähnliche Richtung geht hier auch das Postulat Bertschy ([16.3583](#)), welches eine Verbesserung der Anreize fordert, um die Wiederverwendung von Baumaterialien attraktiver zu machen. Der Einschränkung der Handlungsfreiheit von Privaten steht die usic dagegen skeptisch gegenüber.

Eine massvolle Siedlungsentwicklung nach Innen und nach Aussen

Ein weiterer Schwerpunkt liegt aktuell auf der Siedlungsentwicklung. So fordert die Motion Flach ([16.3529](#)) eine Flexibilisierung der Lärmmessmethoden, um die Siedlungsverdichtung nicht zu erschweren. Sowohl die Standesinitiative des Kantons St. Gallen ([16.313](#)) wie auch diejenige des Kantons Graubünden ([16.308](#)) möchten die Bedingungen lockern, um bestehende Gebäude ausserhalb der Bauzonen umzunutzen. Die usic unterstützt diese Bestrebungen, möchte jedoch eine Umsetzung

mit Augenmass, weshalb sie die alternative Motion der Kommission ([17.3358](#)) unterstützt.

Mehr Kostentransparenz in der Bundesverwaltung

Die Motion Noser ([17.3070](#)) möchte einen unabhängigen Vergleich der Lohnkosten des Bundespersonals mit denjenigen der Privatwirtschaft anstreben. Damit wird ein unlängst von der usic in einem [Positionspapier](#) geforderten Anliegen Rechnung getragen. Bundesbehörden verkaufen ihrerseits interne Planerleistungen an Verwaltungen von Kantonen und Gemeinden. Auch wenn die usic die Kompetenz der Verwaltung in diesem Bereich nicht in Frage stellt, so müssen solche Angebote im Rahmen der marktüblichen Bedingungen erfolgen. Ansonsten sind solche Leistungen konsequent an private Dienstleister auszulagern.



Dr. Mario Marti
Geschäftsführer usic
Rechtsanwalt

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Energie & Umwelt

Montag, 29. Mai 2017

Nationalrat

16.035 – BRG

Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz

Inhalt: Die Vorlage soll die Rahmenbedingungen und damit die Voraussetzungen für die Optimierung und die rechtzeitige und bedarfsgerechte Entwicklung der schweizerischen Stromnetze verbessern. Als Kernpunkte sind Vorgaben für die Optimierung und Entwicklung der Stromnetze sowie der Bewilligungsverfahren vorgesehen.

Bisher: SR: Abweichend vom BR.

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



ANNAHME. Die usic begrüsst die im Vergleich zum Vernehmlassungsentwurf schlankere Vorlage. In ihrer **Stellungnahme** hatte die usic die Einführung von Planungskorridoren gefordert, was in den Entwurf übernommen wurde. Annahme Art. 15h Abs. 1, Art. 15i Abs. 1-3 sowie Art. 15k Elektrizitätsgesetz.

Mobilität & Infrastruktur

Dienstag, 30. Mai 2017

Nationalrat

16.3697 – Mo. Page (SVP/FR)

Änderung des RPG

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, das Raumplanungsgesetz (Art. 24c RPG) dahingehend zu ändern, dass bestehendes Gebäudevolumen ausserhalb der Bauzonen maximal genutzt werden kann. Die Baubeschränkungen (Art. 42, Art. 42a der Raumplanungsverordnung, RPV), namentlich dass die Bruttogeschossfläche nicht um mehr als 60 Prozent erweitert werden darf, dass eine Erweiterung ausserhalb weder 30 Prozent noch 100 Quadratmeter überschreiten darf und die Bestimmungen zur "zeitgemässen Wohnnutzung" (Art. 42a RPV) und zur "massvollen Erweiterung" (Art. 42 RPV) sorgen in der Praxis für grosse Probleme und müssen rasch angepasst werden.

Bisher: BR: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ABLEHNUNG. Das geltende RPG sieht bereits jetzt in Art. 24c einen Bestandesschutz für rechtmässig erstellte Bauten ausserhalb der Bauzonen vor. Ferner ist eine massvolle Ausweitung im Rahmen von Art. 42a RPV möglich.

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Mobilität & Infrastruktur

Dienstag, 30. Mai 2017

Nationalrat

16.3529 – Mo. Flach (glp/AG)

Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern

Inhalt: Der Bundesrat möge das Umweltschutzgesetz (USG) und/oder die Lärmschutz-Verordnung (LSV) so ändern, dass in lärmbelasteten Gebieten eine sinnvolle Siedlungsverdichtung nach innen, ohne Ausnahmegewilligung möglich ist und wo gegeben, die breit anerkannte Praxis der Lüftungsfensterpraxis Anwendung finden kann.

Bisher: BR: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Die usic begrüsst Bestrebungen, welche verdichtetes Bauen erleichtern. Der Abbau bürokratischer Hürden ist deshalb notwendig.

Mobilität & Infrastruktur

Dienstag, 30. Mai 2017

Nationalrat

16.3583 – Po. Bertschy (glp/BE)

Baumaterial wiederverwenden statt recyceln

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt darzulegen, wie die gesetzlichen Bestimmungen und Rahmenbedingungen verbessert und welche Anreize gesetzt werden können, sodass die Wiederverwendung von Baumaterialien gleich oder attraktiver wird als das Recycling.

Bisher: BR: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Die usic begrüsst das Anliegen, Baustoffe möglichst wieder zu verwerten. Sie hat sich in einem 2017 publizierten **Positionspapier** klar zum Grundsatz der Wiederverwertung bekannt. Besonders die öffentlichen Bauherren sind hier als Vorbilder der Gesellschaft gefordert. Einer Einschränkung der privaten Akteure steht die usic dagegen skeptisch gegenüber.

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Mobilität & Infrastruktur

Dienstag, 30. Mai 2017

Nationalrat

[16.3260](#) – Po. Béglé (CVP/VD)

Einführung eines Steuerungsinstruments für digitale Fragen

Inhalt: Der Bundesrat wird dazu aufgefordert, zu prüfen, ob ein unabhängiger interdisziplinärer Rat für digitale Fragen bestehend aus Experten, eventuell ehrenamtlichen, aus der Zivilgesellschaft eingesetzt werden soll.

Bisher: BR: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Besonders im Bauwesen sind durch die Einführung von Building Information Modeling (BIM) in Zukunft grosse Strukturänderungen zu erwarten. Fragen der Schnittstellenstandards, Produktneutralität und Anforderungen an Datenschutz und Immaterialgüterrechte stellen eine Herausforderung dar.

Qualität & Unternehmensführung

Donnerstag, 1. Juni 2017

Nationalrat V

[16.424](#) – Mo. Badran (ZH/SP)

Privilegierte Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen an Start-ups

Inhalt: Die gesetzlichen Bestimmungen des DBG und StHG sollen derart angepasst werden, dass sich die steuerliche Belastung aufgrund von Mitarbeiterbeteiligungen bei Start-ups deutlich reduziert.

Bisher: WAK-N: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ABLEHNUNG. Die usic begrüsst das Anliegen, Mitarbeiterbeteiligungen bei Start-Up-Unternehmen steuerlich zu entlasten. Um eine gangbare Lösung zu erarbeiten, soll aber die Motion [17.3261](#) der WAK-N unterstützt werden.

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Vergabe & Honorare

Dienstag, 6. Juni 2017

Ständerat

17.3070 – Mo. Noser (FDP/ZH)

Unabhängiger Lohn- und Pensionskassenvergleich für die Bundesverwaltung

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, an eine unabhängige Stelle einen Lohn- und Pensionskassenvergleich für die Bundesverwaltung im Vergleich zur Privatwirtschaft in Auftrag zu geben. Im Bericht soll aufgezeigt werden, ob in der Bundesverwaltung marktgerechte Löhne und BVG-Leistungen bezahlt werden. Der Bundesrat wird zudem gebeten, allfällige zu hohe Entschädigungen innerhalb nützlicher Frist an das Marktniveau anzupassen und den Lohn- und Pensionskassenvergleich periodisch zu wiederholen, um wettbewerbsverzerrende Effekte zu vermeiden.

Bisher: BR: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Die usic hat sich in einem 2017 publizierten **Positionspapier** zu mehr Transparenz bei den Lohnkosten der Verwaltungen bekannt. Dies, weil auch Verwaltungen Planerleistungen anbieten. Die usic fordert, dass diese Angebote zu marktüblichen Preisen angeboten oder an Private ausgelagert werden.

Energie & Umwelt

Montag, 12. Juni 2017

Ständerat

15.072 – BRG

Klima- und Energielenkungssystem

Inhalt: In der Klima- und Energiepolitik soll ab 2021 der Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem konsequent umgesetzt werden. Mit der vorgeschlagenen Verankerung in der Verfassung will der Bundesrat diesen Richtungsentscheid demokratisch legitimieren. Die konkrete Ausgestaltung erfolgt anschliessend im Rahmen der Klima- und der Energiegesetzgebung.

Bisher: UREK-N: Beratung verschoben.

FK-N: Mitbericht. UREK-N: Nichteintreten. NR: Nichteintreten. UREK-S: Nichteintreten.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



BEDINGTE ANNAHME. Ein effizienter Systemwechsel braucht sowohl Brennstoffe, Treibstoffe als auch Strom als Bemessungsgrundlage. Die Rückverteilung muss proportional zur begleichenden Summe erfolgen und marktverzerrende Teilzweckbindungen müssen abgebaut werden. Siehe **Stellungnahme der usic.**

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Mobilität & Infrastruktur

Montag, 12. Juni 2017

Ständerat

16.313 – Kt.Iv. St. Gallen

Straffung der Bewilligungsverfahren bei Bauten ausserhalb der Bauzone

Inhalt: Der Kantonsrat lädt die Bundesversammlung ein, das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG; SR 700) dahingehend anzupassen, dass die Kantone bei der Bewilligung von unbedeutenden zonenkonformen Bauten ausserhalb der Bauzone den Gemeinden die Zuständigkeit erteilen können.

Bisher: UREK-S: Keine Folge geben.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



FOLGE GEBEN. Die Bewilligungserteilung für unbedeutende zonenkonforme Bauten durch Gemeinden trägt dem Prinzip der Betroffenheit Rechnung.

Mobilität & Infrastruktur

Montag, 12. Juni 2017

Ständerat

16.308 – Kt.Iv. Graubünden

Anpassung des Bundesgesetzes über die Raumplanung

Inhalt: Der in Artikel 24c RPG geregelte Bestandsschutz für die ausserhalb der Bauzone gelegenen Bauten ist dahingehend zu erweitern, dass landwirtschaftlich nicht mehr benötigte Bauten unter Wahrung ihrer Identität und im Rahmen der bestehenden Erweiterungsmöglichkeiten massvoll zur Wohnnutzung umgenutzt werden können, wobei der öffentlichen Hand keine zusätzlichen Kosten oder Verpflichtungen - wie Erschliessungen - entstehen dürfen.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



KEINE FOLGE GEBEN. Eine Umnutzung mit Augenmass ist zu begrüessen. Anstatt der Standesinitiative soll aber die Motion **17.3358** der UREK-S unterstützt werden.

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Mobilität & Infrastruktur

Donnerstag, 15. Juni 2017

Nationalrat

15.322 – Kt.Iv. Genf

Für Pilotversuche zur Einführung einer Innenstadtmaut

Inhalt: Die Bundesversammlung wird aufgefordert, ein Gesetz zu verabschieden, das - namentlich in Genf - die Durchführung eines Pilotversuchs zur Einführung einer Innenstadtmaut ermöglicht.

Bisher: KVF-S: Zuwarten bis Konzeptbericht des Bundes zum "Mobility Pricing" vorliegt. KVF-S: Keine Folge geben.

SR: Keine Folge geben. KVF-N: Keine Folge geben.

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



FOLGE GEBEN. Die usic setzt für eine verursachergerechte Verkehrsfinanzierung ein. Auch im Hinblick auf eine sinnvolle Verkehrslenkung hat sich Road Pricing im Ausland erfolgversprechend erwiesen. Da die Bundesverfassung die Gebührenerhebung im Grundsatz verbietet, muss das Parlament die Anwendung von Pilotversuchen ausdrücklich bewilligen. [Stellungnahme der usic zum Entwurf Konzeptbericht Mobility Pricing.](#)

Energie & Umwelt

Donnerstag, 15. Juni 2017

Nationalrat

09.304 – Kt.Iv. Graubünden

Förderung der Energiesanierung

Inhalt: Die Bundesversammlung wird eingeladen, die Rechtsgrundlagen (Steuerharmonisierungsgesetz, Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer) dahingehend zu ändern, dass durch fiskalische Anreize die energetische Sanierung älterer Bauten gefördert wird.

Bisher: SR: Keine Folge geben.

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



KEINE FOLGE GEBEN. Die usic begrüsst die Schaffung von steuerlichen Anreizen zur Förderung energetischer Sanierungen bei älteren Bauten. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 wurde dies jedoch bereits beschlossen.

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Energie & Umwelt

Donnerstag, 15. Juni 2017

Nationalrat

08.331 – Kt.Iv. Aargau

Förderung der energetischen Sanierung älterer Bauten durch die Schaffung fiskalischer Anreize

Inhalt: Die Bundesversammlung wird eingeladen, zur Förderung der energetischen Sanierung älterer Bauten das Steuerharmonisierungsgesetz dahingehend zu ändern, dass über die volle Abzugsfähigkeit von energiesparenden Massnahmen weitere fiskalische Anreize geschaffen werden.

Bisher: SR: Keine Folge geben.

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



KEINE FOLGE GEBEN. Die usic begrüsst die Schaffung von steuerlichen Anreizen zur Förderung energetischer Sanierungen bei älteren Bauten. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 wurde dies jedoch bereits beschlossen.

Mobilität & Infrastruktur

Donnerstag, 15. Juni 2017

Ständerat

17.3262 – Po. KVF-SR

Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, mit einem Masterplan eine Vision für das Eisenbahnnetz auszuarbeiten. Dieser Masterplan soll der laufenden Planung und insbesondere den Projekten Rechnung tragen, deren Umsetzung bis 2025-2035 vorgesehen ist. Zudem soll er die langfristige Planung aufzeigen, um die Verbesserung (Kapazität und Geschwindigkeit) des Netzes im ganzen Land sicherzustellen und zu gewährleisten, dass die für diese Weiterentwicklung nötige Fläche zur Verfügung steht. In einem Zusatzkapitel sollen weitere visionäre Ideen wie Swissmetro (nächste Generation), Bahn 2000 plus usw. auf ihre Chancen und Umsetzbarkeit beurteilt werden.

Bisher: BR: Annahme.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Die stetige Verdichtung und die wachsenden Mobilitätsbedürfnisse machen die Raum- und Verkehrsplanung zu einer Herausforderung. Die usic begrüsst Wege, um eine verbesserte Koordinierung in der Raum- und Verkehrsplanung zu erreichen.

SOMMER 17 / SESSIONSVORSCHAU

Bildung

Donnerstag, 15. Juni 2017

Nationalrat

15.3552 – Po. Schmid-Federer (CVP/ZH)

Mehr Schnupperlehrstellen in den Mint-Berufen

Inhalt: Der Bundesrat wird gebeten, dem Parlament Bericht über die Situation von Schnupper-Angeboten in den Mint-Berufen zu erstatten und darzulegen, welche Möglichkeiten zur Steigerung der Angebote er sieht.

Bisher: BR: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Die usic teilt die Ansicht, dass Schnupperlehren ein wichtiges Instrument zur Beliebtmachung von MINT-Berufen bei Jugendlichen sind. Obwohl dies Aufgabe der Privatwirtschaft ist, sollen die Möglichkeiten des Bundes zur Schaffung grösserer Anreize geprüft werden.